

Kein Ticket für Arme

DGB fordert es weiter

Kassel. Nachdem die Stadt Kassel klar gemacht hat, eine Finanzierung des vom DGB geforderten Sozialtickets für Bedürftige kommt in Zeiten der gesetzlich verordneten Haushaltskonsolidierung nicht in Frage, bekräftigt Michael Rudolph, Vorsitzender der DGB Region Nordhessen: „Es geht um die Mobilität armer Menschen in der Region, also um eine sozialpolitische Maßnahme. Somit brauchen wir auch eine politische und nicht nur eine fiskalische Diskussion.“

Der DGB Nordhessen fordert weiterhin die Einführung vergünstigter Monatstickets für ALG-II-Empfänger, Aufstocker und Rentner in der Grundsicherung im Tarifgebiet des NVV. Dass es ein Sozialticket nicht zum Nulltarif für den Stadthaushalt gibt, sei allen Beteiligten klar, allerdings müsse auch die Notwendigkeit des Tickets und die Situation der Betroffenen berücksichtigt werden. „Hierüber müssen die politischen Gremien der Stadt Kassel konstruktiv diskutieren. Vorbehalte des Kämmerers Dr. Jürgen Barthel würden nicht das endgültige Aus für ein sozialpolitisches Projekt bedeuten. Rudolph: „Schließlich wurde das Sozialticket auch in Dortmund und Köln verwirklicht. Städte, deren Haushaltssituation eher vergleichbar ist mit der Stadt Kassel als das genannte Beispiel München.“

Außerdem beschränke sich die Forderung nicht auf Kassel, sondern ganz Nordhessen. Gerade auf dem Land seien Menschen darauf angewiesen, mobil zu sein. Größere Geschäfte, Krankenhäuser oder Fachärzte befinden sich oft nur in Kreisstädten oder kleineren Zentren. Die Erreichbarkeit solcher Einrichtungen muss jederzeit gesichert sein. Aus diesem Grund müsse ein Ticket eingeführt werden, mit dem Bezieher von Sozialleistungen für 15 Euro einen Monat lang auch wirklich mobil sind. Diese 15 Euro entsprechen den aktuellen Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II. Rudolph: „Armut darf nicht die Abkopplung vom gesellschaftlichen Leben und schon gar nicht die Verbannung nach Hause bedeuten.“